

## REDE ZUM STÄDTEREGIONALEN HAUSHALT 2020

von Uwe F. Lühr, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag

Sehr geehrter Herr Städteregionsrat,  
geschätzte Damen und Herren,

die dringlichste Herausforderung unserer Zeit heißt: „Wirksam dem Klimawandel begegnen!“

Der seitens der Verwaltung eingebrachte Haushaltsentwurf beinhaltet zwar ambitionierte Ansätze, aber solche zu der Herausforderung „Wirksam dem Klimawandel begegnen“ sucht man in diesem umfangreichen Werk vergebens. Damit wird den Menschen das Signal gegeben, sich nicht als Adressat der fortdauernden Jugendproteste oder der eindringlichen Warnungen seitens der Wissenschaft zu verstehen.

„Ambitioniert“, ja ambitioniert ist der Ansatz bei den Personalkostensteigerungen, die auf 1% begrenzt werden sollen. *Wunschdenken* unserer Auffassung nach, oder aber der Wille, mit dem Werkzeug des Personalbewirtschaftungskonzeptes, die Arbeitsbelastung mit zu wenigen Beschäftigten zu bewerkstelligen. Aus unserer Sicht ist das unverantwortlich und nicht zu tolerieren.

Schlimmes befürchten wir bei der Betrachtung der prognostizierten Sozialausgaben. Hier sollen mehrere Mio. € weniger ausgegeben werden. Und das bei rückläufigen Wirtschaftsdaten. Die Vergangenheit lehrt uns aber, dass infolge rückläufiger Wirtschaftsdaten die Transferleistungen und die Ausgaben für Kosten der Unterkunft steigen. Diese Mehrausgaben werden nicht vollständig durch Minderausgaben bei anderen Sozialausgaben ausgeglichen werden können. Folgerichtig darf man sich dann fragen: „Auf welche Art und Weise sollen die angesetzten Minderausgaben erreicht werden?“

Rückläufige Wirtschaftszahlen bedeuten aber auch geringere Einnahmen für die öffentliche Hand. Dennoch werden den regionsangehörigen Kommunen sinkende Umlagesätze für die kommenden Jahre in Aussicht gestellt. Finanziert werden sollen die zu erwartenden Haushaltsdefizite durch den Griff in die Ausgleichsrücklage. Alleine für 2020 sollen das ca. 4 Mio € sein. Aber nicht nur die rückläufigen Wirtschaftszahlen bedeuten geringere Einnahmen. Die Schuldenbremse wird ebenso wie die Finanzpolitik der „Schwarzen Null“ ab 2020 Auswirkungen auf die Einnahmen haben, weil sie zu geringeren Zuschüssen von Bund und Land führen. Prognostizierte Folge: Die Investitionen werden spürbar abnehmen. Aber genau das Gegenteil müsste die Antwort auf rückläufige Wirtschaftszahlen sein.

Deshalb aber vor allem, weil der Klimawandel auch bei uns in der Region Antworten erfordert, haben wir zwei Programme über einen Zeitraum von 5 Jahren als Beitrag gegen den fortschreitenden Klimawandel sowie als Impulse für Investitionen als Änderungen für den vorliegenden Haushaltsentwurf vorgeschlagen. So möchten wir *Photovoltaikanlagen auf privaten Bestandsimmobilien fördern*. Damit soll Geschwindigkeit im Kampf gegen den Klimawandel aufgenommen werden, denn zurzeit verspüren wir eher ein Verharren im Status Quo. Doch ein neuer

Aufbruch, neue Bewegung ist nötig. Die wirksame Begegnung des Klimawandels braucht den konsequenten Vollzug der Energiewende. Das heißt auch: Die Menschen für die verantwortungsvolle Nutzung der unbegrenzt verfügbaren natürlichen Ressourcen zu sensibilisieren und zu motivieren.

Doch welche Vorteile verbinden wir noch mit diesem Programm zur Förderung von Solarstrom? Das ist die Stabilisierung der Beschäftigungssituation im Handwerk, das ist die Entlastung der Versorgungsnetze, zu der die dezentrale Erzeugung von Energie beiträgt, das ist neben der CO<sub>2</sub>-Einsparung fürs Klima ein möglicher Strompreis von 10 Cent je Kilowattstunde Sonnenstrom, wodurch Nutzer von Mieterstrommodellen bis zu 66% weniger für ihren Strom bezahlen müssen. – Sie sehen, von unseren Vorschlägen haben nicht nur wenige etwas, sondern mehrere Seiten profitieren.

Unser zweiter Vorschlag heißt „Dach- und Fassadenbegrünungen“. Auch dieses Programm ist auf 5 Jahre ausgelegt. Und auch hier gilt hinsichtlich der Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt das, was ich bereits bei den Photovoltaikanlagen ausgeführt habe. Doch während bei der Erzeugung von Sonnenstrom erst gar kein zusätzliches CO<sub>2</sub> entsteht, soll unser zweiter Änderungsvorschlag vorrangig die Auswirkungen des Klimawandels unmittelbar mildern:

- Bei Starkregen binden die Pflanzen nämlich Wasser und entlasten die Abwassersysteme, und bei der späteren Verdunstung des gespeicherten Wassers tragen sie zur Kühlung ihrer Umgebung bei, was bei den Menschen für ein gesteigertes Wohlfühlgefühl an heißen Tagen führt.
- Aus der Umgebung nehmen die Pflanzen CO<sub>2</sub> auf und geben Sauerstoff ab.
- Für Insekten entsteht neuer Lebensraum und durch eine mögliche Brückenfunktion wird die Verbindung einzelner Lebensräume möglich. Damit wiederum kann dem weiteren Insektensterben entgegengewirkt werden, was für unsere Versorgung mit Lebensmitteln von besonderer Bedeutung ist. Alleine in den letzten beiden Jahrzehnten sind 75% der Insektenarten verschwunden, und dem ist massiv entgegenzuwirken.

Doch mit dem Dach- und Begrünungsprogramm sollen auch die Emotionen angesprochen werden. Mit der Begrünung von Baustoffen wird in Städten die Verbindung zur Natur verstärkt. Und dort, wo Menschen sich wohlfühlen, steigert sich auch die Bereitschaft zum Erhalt dieses Wohlfühlgefühls und in diesem Falle zum Naturschutz. Sie mögen jetzt vielleicht schmunzeln, aber die Wende hin zur wirksamen Begegnung des Klimawandels wird vermutlich vorrangig auf der Gefühlsebene stattfinden und nicht auf der rationalen Ebene. Denn das, was wir lieben, sind wir auch bereit zu schützen.

Für unsere Vorschläge haben wir jährlich 200.000 € für die Photovoltaik und 120.000 € für die Dach- und Fassadenbegrünungen angesetzt. In den ersten beiden Beratungen zum Haushalt fanden wir dafür keine Unterstützung. Da wir aber Lust auf Zukunft haben, ist es uns wichtig, dass die StädteRegion sichtbar auf den Klimawandel und die Bewusstseinsänderung in der Bevölkerung reagiert. Folglich mussten wir nach einer Lösung suchen. In Anbetracht der Tatsache, dass über die Ausgestaltung der Programme noch zu debattieren sein wird und erfahrungsgemäß solche Förderungen mit Verzögerung anlaufen, konnten wir uns dann aus den zuvor genannten Gründen und aus haushaltspolitischer Verantwortung mit der Mehrheit von CDU/Bündnis 90-Die Grünen darüber verständigen, für das kommende Jahr angemessene 50.000 € je Programm einzustellen. Um aber nachhaltig zu wirken, müssen in den Folgejahren die Mittel entsprechend aufgestockt werden.

Was die *zusätzliche Stelle für den Klimaschutz* betrifft, konnten wir uns für das kommende Haushaltsjahr ebenso wenig einigen wie bei der Mittelerrhöhung für die Schuldnerberatung oder die kostenfreie Speisung in den Kitas. Das wird uns aber nicht davon abhalten, diese wichtigen Anliegen kommendes Jahr erneut in die Debatte einzubringen.

Die Abmeldung der Geburtshilfe im Rhein-Maas-Klinikum und deren jüngst beschlossene ersatzlose Schließung widersprechen unserer Auffassung von politischer Verantwortung. Das ist für uns inakzeptabel. Das Argument der fehlenden Kostendeckung überzeugt uns nicht. Ein öffentliches Krankenhaus gehört zur Daseinsvorsorge und muss eine Geburtshilfestation vorhalten. Ein öffentliches Krankenhaus muss den Menschen ortsnahe in Notsituationen helfen und ist deshalb freizuhalten von jeglichen Gewinninteressen. Wir lehnen es ab, dass Krankenhäuser als Wirtschaftsunternehmen betrachtet werden und Gewinne machen müssen. Und vor diesem Hintergrund kämpfen wir auch dagegen, dass in der Städteregion und landesweit insgesamt 200 Krankenhäuser verschwinden sollen.

Weil einige für uns wichtige Änderungen in den Haushaltsentwurf aufgenommen wurden, haben wir von unserer ursprünglichen Haltung Abstand genommen, den Haushaltsentwurf abzulehnen. Diese Änderungen betreffen die beiden zuvor beschriebenen Programme sowie die *Aufhebung der Sperrvermerke bei den Zuschüssen für Frauen helfen Frauen und Rückhalt e.V.* Für eine Zustimmung reicht es aber dennoch nicht, weil die von uns kritisch gesehenen Ansätze sowie das weitere Festhalten am Personalbewirtschaftungskonzept schwer wiegen. Folglich werden wir uns enthalten.

Abschließend danke ich im Namen der Fraktion DIE LINKE allen Beschäftigten für das in 2019 gezeigte Engagement. Unser besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmererei und insbesondere Frau Wipperfürth und Herrn Claßen. Sie haben uns bei unserer Haushaltsklausur gut informiert, gaben Erläuterungen, zeigten Wechselwirkungen auf und haben unsere Fragen nachvollziehbar beantwortet.

Allen Anwesenden wünschen wir geruhsame Weihnachtstage, einen guten Rutsch sowie für 2020 viel Erfolg bei guter Gesundheit.